

Gesundheit, Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Peter Petersen (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu K11

Von Zeile 24 bis 26 einfügen:

Land zahlt den entsprechenden Arbeitgeberanteil in Form einer pauschalen Beihilfe. Auf dem Weg zur Bürgerversicherung muß auch für die Privatversicherten die Möglichkeit geschaffen werden, in die gesetzliche Krankenversicherung zu wechseln, ohne Altersrücklagen zu verlieren. Damit stärken wir das Solidarsystem der gesetzlichen Krankenversicherung und schaffen mehr Gerechtigkeit.

Begründung

Solange sie dazu nicht verpflichtet sind, werden die privaten Versicherungsträger wie bisher durch Einbehaltung von Altersrückstellungen die Versicherten daran hindern, zu wechseln, und ihre Rücklagen gehen der Solidargemeinschaft verloren. Damit wäre das Prinzip der Bürgerversicherung für mindestens eine weitere Generation ausgehebelt und für Deutschland, das das letzte Land in Europa ist, das ein duales System weiterführt, rückt eine gerechtere Gesundheitsversorgung in weite Ferne. Wenn der zahlungskräftigere Teil der Bevölkerung sein Geld bei den privaten Versicherungsunternehmen lassen muss, fehlt es bei der Finanzierung aller unserer Forderungen.

Unterstützer*innen

Christa Tast (KV Stuttgart); Nicolai Görts (KV Tübingen); Jochen Stien (KV Mannheim); Elisabeth Kömm-Häfner (KV Heidenheim); Ricarda Deres (KV Aalen-Ellwangen); Daniel Andreas Lede Abal (KV Tübingen); Britta Raatschen (KV Karlsruhe-Land); Julia Romberg (KV Tübingen); Oskar Otto (KV Tübingen); Hans-Harald Kersten (KV Tübingen); Johannes Scheller (KV Tübingen); Simon Michael Baur (KV Tübingen)